

## Haushaltspolitik in Wahlzeiten

Jeder Kommunalpolitiker weiß es: Vor Wahlen regiert die Großzügigkeit. So werden z.B. eigentlich fällige Gebührenanpassungen verschoben oder Steuererhöhungen vermieden. Dass auch Aufsichtsbehörden in solchen Zeiten Milde walten lassen, ist kein Geheimnis – wird aber nicht offen kommuniziert. Umso bemerkenswerter ist es nun, dass die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion des Landes Rheinland-Pfalz den internen Verfahrensgang öffentlich macht. In einem Schreiben an die Stadt Mainz wird ausgeführt, dass der vorgelegte Haushalt eigentlich nicht genehmigungsfähig gewesen sei. Das Innenministerium habe aber „ermessenslenkende Instruktionen“ an die Aufsichtsbehörde gesandt. Mit dieser gewundenen Begrifflichkeit wird nur notdürftig kaschiert, dass dies quasi eine Aufforderung gewesen sei, einen eigentlich nicht genehmigungsfähigen Haushalt „durchzuwinken“. Der entsprechende Artikel der Allgemeinen Zeitung Mainz ist nachfolgend (die darin enthaltene Grafik zur Haushaltsentwicklung wurde ausgelassen) abgedruckt:

### **„Vertrauen eingebüßt“: Scharfe Kritik an Mainzer Haushalt**

Allgemeine Zeitung Mainz vom 19.5.2026

Trotz hohen Defizits wurde der Haushalt genehmigt. In ihrem Schreiben übt die ADD scharfe Kritik an der Stadt und erklärt, welche Rolle Michael Ebling bei der Genehmigung spielte.

Mainz. „Es ist kein Liebesbrief.“ Mit diesen Worten beschrieb Finanzdezernent Daniel Köbler (Grüne) vor kurzem zusammen mit Oberbürgermeister Nino Haase (parteilos) das Schreiben der Genehmigungsbehörde zum Mainzer Haushalt. Mit der Verfügung genehmigt die ADD die Mainzer Pläne mit einigen Auflagen. Ein Blick in das 36-seitige Schreiben, das dieser Redaktion vorliegt, macht deutlich, wie wenig Liebesbrief darin enthalten ist, wie scharf die Kritik ausfällt, weshalb die Behörde von einem „Vertrauensverlust“ spricht – und weshalb der Haushalt gerade so genehmigt wurde.

Wie berichtet kritisiert die ADD vor allem die hohen Defizite, die bis 2029 auf 221 Millionen Euro pro Jahr steigen sollen sowie den Umfang der Kredite, mit denen die Stadt plant. Die geplanten Fehlbeträge seien „auffallend hoch“, schreibt die ADD. Dabei seien sie eigentlich „auf das absolut unabweisbare Maß“ zu begrenzen. Insbesondere „im Bereich der Steuern, im Gebührenbereich sowie im freiwilligen Aufgabenbereich“ sehe man noch rechtlich mögliche Maßnahmen zur Verbesserung der Haushaltslage. In ihrer aktuellen Form verstießen die Haushaltsplanungen gegen das „ethische Leitbild der Generationengerechtigkeit“, so die Behörde.

Die Reduzierung der Investitionskredite um 148 Millionen auf nur noch 75 Millionen Euro begründet die ADD damit, dass der Haushaltsplan „in einem beachtlichen Umfang unzulässige Überplanungen“ enthalte. Es dürften nur solche Investitionen veranschlagt werden, bei denen zu erwarten sei, dass sie tatsächlich bis zum Ende des Haushaltsjahres anfallen. Zudem sehe die aktuelle Planung innerhalb von vier

Jahren die Aufnahme von rund 1,1 Milliarden Euro an Krediten vor, was aus Sicht der Behörde eine „kaum mehr verantwortbare Neuverschuldung“ darstellen würde. Gemäß den Plänen würde Mainz damit bis Ende 2029 einen Schuldenberg von rund 1,4 Milliarden Euro anhäufen und damit mehr Kredite als vor dem Beginn des Biontech-Gewerbesteuerflut verzeichnen.

### **Eigentlich wäre Haushalt abzulehnen**

Besonders scharf wird die Kritik der Behörde mit Blick auf Zusicherungen aus dem Vorjahr. So habe die Stadt 2025 zugesagt, die Defizite in den Plänen für die Jahre 2026 bis 2028 jeweils um mindestens 20 Millionen zu senken unter Ausnahme des nicht beeinflussbaren Sozialbereichs. Doch diese Zielvorgabe sei „deutlich verfehlt“ worden. Statt einer Absenkung seien auch nach dem Herausrechnen des Sozialbereichs noch höhere Fehlbeträge in allen Planungsjahren beschlossen worden. „Mithin hat die Stadt ihre abgegebene Zusicherung nicht eingehalten und damit Vertrauen und Verlässlichkeit in die Stadt eingebüßt“, kritisiert die Behörde.

Besondere Umstände, warum man gegen das Haushaltsausgleichsgebot verstoßen müsse, seien der ADD nicht vorgetragen worden und seien auch nicht ersichtlich, heißt es weiter. Vor diesem Hintergrund wäre man als Aufsichtsbehörde eigentlich „gehalten gewesen“, den Haushalt global zu beanstanden, „mit allen sich daraus ergebenden Konsequenzen“. Dass er trotzdem unter Auflagen genehmigt werde, habe einen einfachen Grund: So habe das Innenministerium der ADD in einem Schreiben „ermessenslenkende Instruktionen“ gegeben. Der damalige Innenminister Michael Ebling (SPD) habe darin darauf hingewiesen, dass die Sicherstellung der finanziellen Handlungsfähigkeit der Kommunen höchste Priorität habe und die Kommunen die Haushaltsgenehmigungen zeitnah erhalten sollten. Im Hinblick auf die Defizite habe man „Großzügigkeit walten zu lassen“, erläutert die ADD die Instruktionen.

### **Nachhaltige Maßnahmen erwartet**

Aus diesem Grund habe man davon abgesehen, den Mainzer Haushalt abzulehnen, wobei man auch berücksichtige, dass die Stadt eine Haushaltskonsolidierungskommission eingerichtet habe. Zugleich habe man die Erwartung, dass alle Einsparmöglichkeiten genutzt würden und sämtliche noch nicht gehobenen Potenziale zur Verbesserung der Erträge und Einzahlungen genutzt würden. Dazu gehörten auch rechtlich zulässige Erhöhungen der Realsteuerhebesätze. Man erwarte nachhaltige Maßnahmen zur Konsolidierung und „ersuche“ die Stadt schon heute, im nächsten Haushalt neu ergriffene Konsolidierungsmaßnahmen mit ihren Netto-Einsparpotenzialen aufzulisten.

Derzeit befindet sich die Aufstellung des Haushalts für 2027 in einer frühen Phase. Gemäß dem beschlossenen Zeitplan werden aktuell die konsumtiven und investiven Planungen geprüft. Anfang Juni tritt die Haushaltskonsolidierungskommission erneut zusammen, bevor Mitte Juni der Entwurf des Finanzdezernats mit dem OB abgestimmt werden soll. Die Einbringung in den Stadtrat ist für Anfang September geplant, die finale Verabschiedung für den 16. Dezember.